

AMT DER NIEDERÖSTERREICHISCHEN LANDESREGIERUNG
Gruppe Raumordnung, Umwelt und Verkehr
Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik
Geschäftsstelle für EU-Regionalpolitik
Postanschrift 3109 St. Pölten, Landhausplatz 1



Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 3109

Europäische Kommission
z.H. Generalsekretariat, Unit D1
Europäische Kommission
B - 1049 Brüssel

RU2-EU-14/485-2009

Beilagen

-

Bürgerservice-Telefon 02742-9005-9005

In Verwaltungsfragen für Sie da. Natürlich auch außerhalb
der Amtsstunden: Mo-Fr 07:00-19:00, Sa 07:00-14:00 Uhr

Kennzeichen (bei Antwort bitte angeben)

-
Bezug

BearbeiterIn

Mag. Henriette Leuthner-
Stur
Mag. Dominik Dittrich

(0 27 42) 9005

Durchwahl

14245
14905

Datum

11. Jänner 2010

Betrifft

Arbeitsdokument der Kommission "Konsultation über die künftige EU-Strategie bis 2020",
Stellungnahme des Landes Niederösterreich

Sehr geehrte Damen und Herren!

Das Amt der NÖ Landesregierung, Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik (RU2) erlaubt sich als Verwaltungsbehörde für das Programm „Stärkung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit Niederösterreich 2007-2013“ folgende Stellungnahme zum Arbeitsdokument „Konsultation über die künftige EU-Strategie bis 2020“ der Europäischen Kommission abzugeben:

In Wahrung des Subsidiaritätsprinzips und im Sinne einer „place-based policy“ sehen sich die österreichischen Regionen als wesentliche Gestalter bzw. Umsetzer der im Arbeitsdokument genannten Politikbereiche. Die wichtige Rolle der Regionen in diesem Zusammenhang müsste daher in einem ersten Schritt verdeutlicht werden.

Die im Dokument der Europäischen Kommission identifizierten Herausforderungen und Schwerpunkte sind auch aus Sicht des Landes Niederösterreich von hoher Priorität. Innovation (einschließlich Forschung und Entwicklung), die Modernisierung bestehender Unternehmen, der Ausbau erneuerbarer Energieträger bzw. die effiziente Nutzung der Ressourcen gehören zusammen mit Bildung sowie Qualifizierung zu den zentralen Themenfeldern, mit welchen sich alle Regionen Europas beschäftigen müssen.

Gegenwärtig stellen nicht nur die unterschiedlichen Entwicklungsniveaus zwischen den Mitgliedsstaaten, sondern auch innerhalb der Regionen selbst eine große Herausforderung dar. Daher gilt es bei der Umsetzung der Themen, auch auf die regionalen Besonderheiten und die Entwicklung der endogenen Potentiale bedacht zu nehmen.



Parteienverkehr: Dienstag 8 - 12 Uhr St. Pölten, Neue Herrengasse, Haus 16 - Lilienfeld
zu erreichen mit: Wiesel-, Regional- und Citybus - Zufahrt: Parkgarage P 1

**Zum Nahzonentarif erreichbar über ihre Bezirkshauptmannschaft + Durchwahlklappe
bzw. mit 109 die Vermittlung**

Telefax (0 27 42) 9005/14170 - e-mail: post.ru2@noel.gv.at – Internet <http://www.noel.gv.at> - DVR: 0059986

Die erwähnten Schwerpunkte sind aber auch jene, mit welchen sich die Strukturfonds bereits in der vergangenen Periode 2000 bis 2006 auseinander gesetzt haben, und die in der laufenden Periode 2007 bis 2013 verstärkt im Mittelpunkt der Bemühungen der Kohäsionspolitik gerückt sind. Die Lissabon- und Göteborg-Strategie haben sich bereits jetzt um die Umsetzung der genannten Bereiche bemüht. Insbesondere das niederösterreichische Programm hat hier gemeinsam mit den anderen Bundesländern eine Vorreiterrolle eingenommen. Es ist daher nicht nachvollziehbar, dass die Kohäsionspolitik als wichtiger Umsetzungsträger in das Dokument nicht aufgenommen worden ist.

Dies vor allem deshalb, weil auch in Zukunft die Strukturfonds eine wichtige Rolle bei der Umsetzung dieser Strategien spielen müssen. Nicht nur wegen der genannten Themen, sondern auch aufgrund verschiedener anderer in diesem Zusammenhang angeführter Erfolgsfaktoren. Dazu zählen aus Sicht des Landes Niederösterreich einerseits der integrative, sektorübergreifende Ansatz und andererseits die Notwendigkeit der Miteinbeziehung des ländlichen Raumes auf allen Ebenen. Damit sollte auch der Anspruch eines Multilevel-Governance-Systems innerhalb der Europäischen Union erfüllt werden können. Auch diese Punkte werden durch die Strukturfonds bereits gegenwärtig berücksichtigt. Daher bietet sich die Kohäsionspolitik auch in diesem Kontext als geeignetes Instrument auf regionaler Ebene an.

Um den Herausforderungen begegnen zu können, sind auch die geeigneten Strukturen zu schaffen. Der erwähnte Bürokratieabbau auf allen Ebenen sowie in allen Bereichen ist daher als Voraussetzung für die effiziente sowie erfolgreiche Umsetzung der Themen voranzutreiben.

Mit freundlichem Gruß
NÖ Landesregierung
Im Auftrag

Dipl.-Ing. S t r ö b i n g e r
Abteilungsleiter-Stellvertreter

elektronisch unterfertigt